



Neues aus dem Landtag

Juli 2020



Rüdiger Kauroff ist Landtagsabgeordneter für Garbsen und die Wedemark. Er betreut zusätzlich Isernhagen und Langenhagen. Seit 2017 setzt er sich für Ihre Interessen im Niedersächsischen Landtag ein. **Rüdiger Kauroff** ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitales sowie Mitglied im Petitionsausschuss. Darüber hinaus ist er Ständiger Vertreter im Innenausschuss und Sprecher für Feuerwehr- und Katastrophenschutz seiner Fraktion.

Was ist im Juli in Niedersachsen und im Wahlkreis passiert?

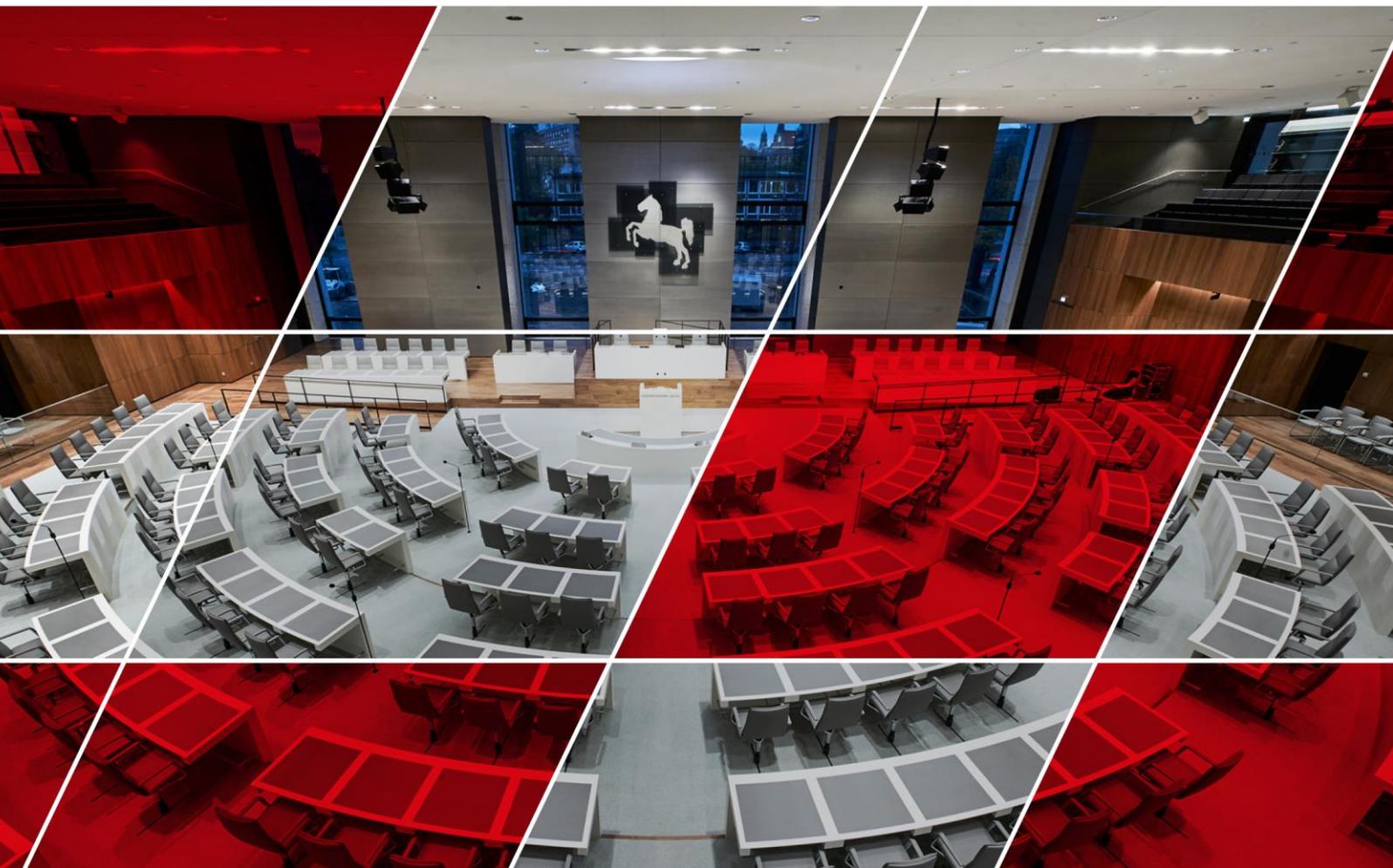
Neues aus dem Plenum

Der 2. Nachtragshaushalt ist beschlossen

Klare Corona-Fahrpläne für Schulen

Mein Besuch im Wilhelm-Maxen Haus in Garbsen

Recht auf Home-Office umsetzen



Liebe Genossinnen und Genossen,

Liebe Freund*innen,

Weiterhin beschäftigt die Corona-Pandemie und deren Folgen maßgeblich unser politisches Geschehen. Um die Situation zu bekämpfen und kraftvoll aus der Krise zu kommen, haben wir im Sonderplenium den 2. Nachtragshaushalt 2020 beschlossen.

Der zweite Nachtragshaushalt stellt ein niedersächsisches Kraftpaket gegen die Corona-Krise und ihre folgeschweren Auswirkungen dar. Kurz zusammengefasst investiert Niedersachsen mit niedrighschwelligen Investitions- und Innovationshilfen in die Bereiche der Prävention und Vorsorge, um wichtige wirtschaftliche Impulse zu setzen. Mit weiteren Sonderprogrammen und Soforthilfen wird dies insbesondere unsere kleinen und

mittelständischen Unternehmen unterstützen sowie wichtige Zukunftsinvestitionen im Bereich der Infrastruktur und der Nachhaltigkeit bedeuten. Der zweite Nachtragshaushalt basiert neben der Kompensation von Steuerausfällen auf vier Säulen und stellt insgesamt **8,4 Milliarden Euro** bereit.

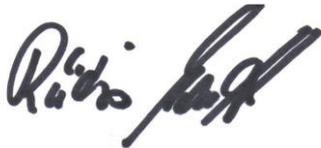
Mit unserer Aktuellen Stunde zum Thema „**Jahrhundertchance Wasserstoff - Eckpfeiler für eine saubere und innovative Energiewende!**“ haben wir die Potenziale des Wasserstoffs für uns in Niedersachsen hervorgehoben.



Niedersachsen steht in besonderer Verantwortung, den Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft voranzutreiben. Der Einstieg in die Erzeugung und Nutzung grünen Wasserstoffs im industriellen Maßstab ist wesentliche Voraussetzung für die Erreichung der deutschen Klimaschutzziele und damit auch einer treibhausneutralen Energieversorgung bis zum Jahr 2050.

Die Einsatzfelder grünen Wasserstoffs sind vielseitig – sei es für die Energiegewinnung in der Industrie oder auch als neuer Antrieb für die Automobilbranche. Diese Chancen müssen wir ergreifen und Niedersachsen einer Vorreiterrolle zukommen lassen.

Ich wünsche euch allen nur das Beste – Bleibt gesund!



Der 2. Nachtragshaushalt ist beschlossen

Der Niedersächsische Landtag hat den zweiten Nachtragshaushalt für das Jahr 2020 beschlossen. Insgesamt 8,4 Milliarden Euro nimmt das Land zusätzlich in die Hand, um Niedersachsen wieder in Schwung zu bringen. Hierzu erklären die Regierungsfractionen:

„Der zweite Nachtragshaushalt, den wir in der heutigen Plenarsitzung verabschiedet haben, setzt dabei einen wichtigen Schwerpunkt auf die Unterstützung unserer Kommunen. Von den rund 8,4 Milliarden ist mit circa 1,1 Milliarden Euro ein großer Teil als Rettungsschirm für unsere Städte und Gemeinden vorgesehen. Damit wollen wir die Finanzkraft unserer Kommunen stärken und entstehende Gewerbesteuerausfälle kompensieren! Die Landkreise, Städte und Gemeinden haben eine Schlüsselrolle in der gemeinsamen Strategie, um diese Krise zu überwinden. Daher ist es notwendig und richtig, gerade sie in dieser Krise zu stärken.“

Rüdiger Kauroff, SPD-Landtagsabgeordneter hebt zudem den Aktionsplan Ausbildung hervor, welcher durch den zweiten Nachtragshaushalt ermöglicht wird: „Die Corona-Krise stellt mit seinen dramatischen wirtschaftlichen Folgen auch zahlreiche Ausbildungsbetriebe vor große Schwierigkeiten.“

BESCHLOSSENE SACHE:
8,4 MILLIARDEN EURO
GEGEN DIE AUSWIRKUNGEN
DER CORONA-KRISE

- ✓ **RETTUNGSSCHIRM FÜR NIEDERSACHSENS GEMEINDEN, STÄDTE UND LANDKREISE**
- ✓ **ÜBERNAHME DER STORNOKOSTEN VON KLASSENFAHRTEN**
- ✓ **BESCHAFFUNG VON SCHUTZAUSRÜSTUNG UND -KLEIDUNG**
- ✓ **INVESTITIONSHILFEN FÜR KLEINE UND MITTELSTÄNDISCHE UNTERNEHMEN**
- ✓ **SONDERPROGRAMM FÜR TOURISMUS, GASTRONOMIE, ZOOS UND TIERPARKS**
- ✓ **INVESTITIONEN IN DIE DIGITALISIERUNG DES EINZELHANDELS**

KRAFTPAKET FÜR NIEDERSACHSEN
SPD LANDTAGSFRAKTION NIEDERSACHSEN

Daher stützen wir mit dem „Aktionsplan Ausbildung“, welcher mit 18 Millionen Euro hinterlegt ist, die duale Berufsausbildung. Ziel muss es sein, Ausbildungsverhältnisse zu sichern und zu einem Abschluss zu führen sowie zeitgleich Anreize zu schaffen, um neuen Ausbildungsverhältnisse in Niedersachsen zu schaffen!“

Nicht zuletzt sei es von erheblicher Bedeutung, dass die Beschaffung von Schutzausrüstungen und medizinischer Schutzkleidung

gewährleistet bleibt: „Wir sind vor einer zweiten Welle, trotz des aktuellen Infektionsgeschehens, nicht gefeit. Neben der akuten Bekämpfung bleibt Prävention das beste Mittel gegen das Coronavirus. Von zentraler Bedeutung sind hierbei die Sicherstellung von Investitionen in unsere Krankenhäuser durch die Kofinanzierung des Bundesprogramms und die Vorsorge für ein erneutes Ansteigen der Infektionszahlen durch zentrale Beschaffung von Schutzausrüstungen.“, ergänzt Kauroff.

„Unser Schwerpunkt ist es, die Menschen in Niedersachsen jetzt dabei zu unterstützen, um diese Krise gemeinsam zu bestehen. Wir helfen dabei, Unternehmen und Arbeitsplätzen zu schützen. Neben der Gesundheitsvorsorge hat der Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und das Wiederanspringen der Konjunktur bei uns höchste Priorität. Die SPD geführte Landesregierung wird hierfür rund 1,4 Milliarden Euro des Landes folgen lassen.“

Mit den zusätzlichen Haushaltsmitteln würden u.a. kleine und mittlere Unternehmen mit rund 400 Millionen Euro gestärkt, ein Sonderprogramm für Tourismus und Gastronomie in Höhe von 120 Millionen Euro aufgelegt, Start-up-Förderungen von 100 Millionen Euro und Hilfen für den ÖPNV/SPNV von 190 Millionen Euro bereitgestellt.

„Mit diesem Haushalt und dem hinterlegten Maßnahmenpaket, mit starkem Zusammenhalt und mit festem Willen bewältigen wir Niedersachsen gemeinsam diese Krise und geben den Menschen in unserem Land neue Perspektiven“, schließt Kauroff.

Klare Corona-Fahrpläne für Schulen:

Kultusminister Grant Hendrik Tonne hat im Rahmen einer Pressekonferenz seinen Fahrplan für das kommende Schuljahr 2020/2021 präsentiert und über die verschiedenen möglichen Szenarien des niedersächsischen Schulbetriebs nach den Sommerferien informiert.

„Wir begrüßen ausdrücklich die klaren Vorstellungen des Kultusministers unter der Berücksichtigung verschiedener Szenarien vor dem Kontext eines nicht vorhersehbaren Infektionsgeschehens in unserem Bundesland!“, schildert der Landtagsabgeordnete Rüdiger Kauroff.

Die vergangenen Monate während der Corona-Pandemie hätten nicht nur Eltern, sondern auch die Schülerinnen und Schülern sowie die Lehrkräfte großen Herausforderungen ausgesetzt. „Oberstes Ziel bleibt weiterhin der Schutz der Schülerschaft und des Lehrkörpers vor möglichen Infektionen. Bei uns allen besteht der



Wunsch nach größtmöglicher Normalität – doch auch wenn das Infektionsgeschehen nun vergleichsweise niedrig ist, so müssen wir den Fahrplan der nächsten Wochen immer in Abhängigkeit zur Entwicklung der Fallzahlen diskutieren!“, so Kauroff weiter.

Eines der verschiedenen Szenarien sieht dabei einen Regelbetrieb mit bestimmten Einschränkungen und Auflagen vor. „Nach derzeitigen Entwicklungen könnte dieses Szenario nach den Sommerferien mit erhöhter Wahrscheinlichkeit greifen. Personen – ob Lehrpersonal oder Schülerinnen und Schüler – welche zur Corona-Risikogruppe zählen, können nach Vorlage eines ärztlichen Attests weiterhin im Home-Office oder der Home-School verbleiben. Das Abstandsgebot könnte im schulischen Einsatz dem Kohortenprinzip weichen. Ziel bleibt es trotzdem die Fluktuation von Lerngruppen möglichst gering zu halten, eine Kontinuität in die Zusammensetzung zu bringen und jene zu dokumentieren!“, so der Abgeordnete.

Grundsätzlicher Wunsch bleibe es möglichst viel Präsenzunterricht an Schulen anzubieten. Während im Sekundärbereich auch eine partielle Verlagerung von Unterrichtseinheiten in den Bereich des häuslichen Lernens denkbar ist, soll gerade an Grundschulen eine Verlässlichkeit des Lernangebots für die Schülerschaft sowie letztlich auch für die Eltern hinsichtlich der Betreuung geschaffen werden.

„Wir müssen nochmals die Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten für bestimmte Lerngruppen schärfen. Die Pandemie hat gezeigt, dass einige Gruppen von Schülerinnen und Schülern besser als andere mit den Herausforderungen und coronabedingten Einschränkungen zurechtkommen. Da wo Unterstützungsbedarf besteht, wollen wir als Land helfen. Niemand darf in der Corona-Krise zurückgelassen werden und durch die erschwerten Lern- und Lehrbedingungen Nachteile erfahren!“.

Wenn die Infektionszahlen sich verschlechtern sollten, könnte auch ein Szenario zum Tragen kommen, welches einen Unterricht im Wechselmodell vorsieht. „Der Worst-Case ist, dass sich das Coronavirus nicht nur in einzelnen Hotspots wieder ausbreitet, sondern zu einem neuen Shutdown führt. Die Landesregierung wird alles daransetzen, dass es hierzu nicht kommt. Dennoch können natürlich weiterhin alle Bürgerinnen und Bürger auch ihren Beitrag leisten und beispielsweise an dem Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung sowie dem Einhalten von Abständen und Hygieneregeln festhalten!“, erklärt der SPD-Politiker.

Mein Besuch im Wilhelm-Maxen-Haus:

Mehrere Monate war ein Besuch im Wilhelm-Maxen Haus coronabedingt nicht möglich. Jetzt hat ihn der Garbsener SPD-Landtagsabgeordnete Rüdiger Kauroff nachgeholt.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Rüdiger Kauroff besuchte das Wilhelm-Maxen-Haus um sich vor Ort mit Einrichtungsleiter Benno Blings, der Hauswirtschaftsleiterin Angela Liewald sowie Vanessa Kubin (Leiterin Stadtteilhaus) auszutauschen. Spezieller Fokus des Austauschs lag auf den Herausforderungen in der Altenpflege durch die Corona Pandemie.

Am Anfang stand nach Schilderungen der Verantwortlichen des Wilhelm-Maxen Haus die Ungewissheit. So stand man etwa vor der logistischen Herausforderung genügend Masken und Desinfektionsmittel zum Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner sowie des Personals zu beschaffen. Später, ab dem 13.03., war das Haus für die Angehörigen zwischenzeitlich geschlossen, was einen erheblichen aber notwendigen Einschnitt für alle Beteiligten bedeutete. Inzwischen ist ein Besuchsraum eingerichtet und die Kontaktlockerungen werden im Rahmen des geltenden Hygieneplans angemessen umgesetzt.

Als besondere politische Wertschätzung konnte Rüdiger Kauroff den Beschluss der Landesregierung verkünden, die Pflegeprämie durch Mittel des Landes auf 1.500 Euro aufzustocken. „Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begrüßen wir die Einigung auf Bundesebene zur Kostenverteilung mit Blick auf die sogenannte Corona-Pflegeprämie. Klar ist, dass es mehr wertschätzende Maßnahmen für die Pflegekräfte in unserem Land geben muss. Sie arbeiten in vorderster Reihe an der Bekämpfung des Coronavirus und sind der Inbegriff dessen, was in den Medien die vergangenen Wochen als systemrelevant dargestellt worden ist.“

Eine einmalige Bonuszahlung ist sicherlich besser als reiner Applaus von Balkonen, kann aber keineswegs darüber hinwegtäuschen, dass wir dringend weiter für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen von Pflegekräften eintreten müssen. Langfristig muss auch eine dauerhafte tarifliche Bezahlung das erklärte Ziel sein – hierzu braucht es unserer Auffassung nach einen flächendeckenden Tarifvertrag Soziales!“, so Kauroff.

„Das Engagement und das Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Bewohnerinnen und Bewohnern, den Alltag in diesen besonderen Zeiten so angenehm wie möglich zu gestalten, welches ich bei meinem Besuch im Wilhelm-Maxen Haus beobachten konnte verdient höchste Anerkennung“, zeigte sich der SPD-Landtagsabgeordnete Rüdiger Kauroff beeindruckt.

Recht auf Homeoffice gesetzlich regeln – Corona-Krise als Chance nutzen:

Zahlreiche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer waren aufgrund der Corona-Pandemie mit einem Wechsel ins Homeoffice konfrontiert. Nicht nur, um das Infektionsgeschehen mit Hilfe des „physical distancing“ zu reduzieren, sondern auch als Instrument, um in Phasen von vorübergehender Kita-Schließungen eine Betreuung von



Kindern zu gewährleisten, hat sich die Heimarbeit bewährt. Vor diesem Hintergrund fordert der SPD Landtagsabgeordnete Rüdiger Kauroff: „Homeoffice muss Teil einer Post-Corona-Normalität werden. Die Krise hat viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Verlagerung des Arbeitsplatzes veranlasst.“

Die aktuellen Umfragen und eine jüngst veröffentlichte Studie des DAK zeigen, dass ein Großteil der Befragten sich die Möglichkeit des Homeoffice auch nach der Bewältigung des Virus wünschen.“ Die Zahlen zeigen, dass viele der Berufstätigen durch die Ermöglichung flexibleren Arbeitens einen spürbaren Anstieg der Produktivität verzeichnen können. „Insgesamt werden Arbeitsabläufe in kürzerer Zeit erledigt und Ergebnisse stehen schneller zur Verfügung, und durch das Fortschreiten der Digitalisierung lassen sich Meetings, Konferenzen und Fortbildungen mittlerweile in guter Qualität abhalten. Diese Form des Arbeitens birgt außerdem ein unglaubliches Einsparpotenzial. Privatwirtschaft und öffentlicher Dienst können bisher noch unübersehbare Bürokapazitäten abbauen,“ ist sich Kauroff sicher.

Ein weiterer Punkt, der für das Homeoffice spreche, ist die gesteigerte Vereinbarkeit von Beruf und Familie: „Wenn Anfahrten und Pendelwege wegfallen, lässt sich sowohl in den Morgen- als auch in den Abendstunden mehr Zeit für die Familie einplanen. Auch Familien mit jüngeren Kindern, welche einen erhöhten Betreuungsbedarf haben, könnten davon profitieren“

Gleichzeitig könne Homeoffice einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. „Dadurch, dass Arbeitswege mit dem Auto wegfallen, kann auch die Emissionsbelastung auf unseren Straßen sinken“, schildert der SPD-Politiker.

Die Corona-Pandemie habe bereits jetzt bei vielen Arbeitgebern zu einem Umdenken geführt. „Was zuvor undenkbar schien, ist nun häufige Realität: das Arbeiten aus den eigenen vier Wänden“, so der Wirtschaftspolitiker der SPD-Fraktion. „Wer jedoch nicht will, der muss auch nicht. Aus einem gesetzlichen Recht auf mobiles Arbeiten darf keineswegs eine dauerhafte Pflicht von Homeoffice folgen. Der betriebliche Arbeitsplatz, der umfassenden Arbeits- und Gesundheitsschutz gewährleistet, darf nicht wegrationalisiert werden!“

Arbeitgeber seien zudem in der Pflicht, auch im Homeoffice eine Erfassung der Arbeitszeit zu gewährleisten. Es dürfe nicht sein, betont Kauroff, dass die Verlagerung der Arbeit in das Homeoffice zu Lasten der ArbeitnehmerInnenrechte gehe. Auch ein Recht auf Nichterreichbarkeit müsse sichergestellt sein.

Mein Team im Büro und im Wahlkreis:





Herausgeber

Rüdiger Kauroff, MdL

Wahlkreisbüro: Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

V.i.S.d.P.: Rüdiger Kauroff

Redaktion: Jean Schramke, Alexander Vogel

Fotos: SPD-Fraktion, Grafik: Jan Hartge